Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

# Durlacher Tagblatt. 1920-1964
# 1932

64 (16.3.1932)

Visual Library

# Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 64 | Mittwoch, den 16. März 1932 | 103. Jahrgang


## Kurze Tagesübersicht

**Die preußischen und die württembergischen Landtagswahlen finden am 24. April statt.**

•

**Tardieu ist in Genf eingetroffen und verhandelt über den Donaustaatenbund.**

•

**Bahnschutztruppen, die zur Bekämpfung meuternder chinesischer Truppen in die Mandschurei entsandt wurden, haben mit den Aufständischen gemeinsame Sache gemacht.**

•

**Die rein litauische Zusammensetzung des neuen Memeldirektoriums wird in Berliner politischen Kreisen als im Widerspruch mit dem Memelstatut und mit den Vereinbarungen des Völkerbundsrates vom 20. Februar betrachtet.**

•

**Die Verordnung über die Anwendung des Obertarifes für kanadische und polnische Erzeugnisse tritt am 1. April in Kraft.**

•

**Vor dem Polizeiuntersuchungsausschuß des Thüringischen Landtages wurden am Dienstag Hitler, Frick und Stennes als Zeugen gehört. Hitler erklärte u. a., er habe keine Veranlassung gehabt, das bestehende System um Einbürgerung zu bitten, da er sich seine deutsche Staatsanghörigkeit schon auf dem Schlachtfelde erworben habe.**

•

**Der D-Zug 7,45 Uhr früh ab München, mit dem Hitler, Dr. Goebbels und Dr. Frick nach Weimar fuhren, wurde kurz vor Jena von bisher noch nicht ermittelten Tätern beschossen. Ein Wagen wurde getroffen. Personen wurden nicht verletzt.**

•

**Der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich hat am Dienstag den Antrag der Deutschnationalen, die Verordnung des preußischen Staatsministeriums zur Aenderung des Landeswahlgesetzes vom 12. September 1931, wonach der Wahlquotient auf 50 000 erhöht wird, für verfassungswidrig zu erklären, zurückgewiesen.**

•

**Der Zirkus Schneider, über dessen allmähliche Auflösung in Neapel im Verlauf der letzten Wochen mehrfach berichtet worden ist, wurde vom Gericht nun engültig für bankerott erklärt.**

•

**Zum erstenmal nach der Präsidentenwahl sprach Adolf Hitler am Dienstag abend in Weimar vor einer vieltausendköpfigen Menge. Seine Rede war eine scharfe Kampfansage an seine Gegner.**

## Aus dem Reichsrat

### Silbermünzen zum Andenken an Goethe

**Berlin**, 15. März. Der Reichsrat, der am nächsten Donnerstag wieder zusammentritt, wird sich mit einer Reihe bedeutsamer Vorlagen zu beschäftigen haben. So steht auf der Tagesordnung die Ausprägung von **Reichssilbermünzen zu drei und fünf Mark als Erinnerung an Goethe.** Auf der Schauseite dieser Stücke wird innerhalb eines erhabenen Randes der Kopf von Goethe zu sehen sein und darunter in Antiquaschrift das Wort: „Goethe". Auf der Wertseite werden rechts und links des Reichsadlers die Jahreszahlen 1832—1932 angebracht.

Eine weitere sehr bedeutsame Vorlage ist der **Gesetzentwurf über die Postabfindung**, der auch noch den Reichstag beschäftigen soll. Dieser Gesetzentwurf regelt die **Zahlungen an Bayern und Württemberg** anläßlich des Ueberganges der bayerischen und württembergischen Postverwaltung in das Eigentum des Deutschen Reiches. Zunächst sieht der Entwurf die Anrechnung der von der Reichspost oder vom Reiche an Bayern und Württemberg bereits gewährten Darlehen vor. So werden für **Bayern angerechnet** 52 Millionen Darlehen der Reichspost, 3,5 Millionen, die das Reich 1930 gegeben hat, 1,5 Millionen, die es Bayern im Oktober 1931 übergab und 11 Millionen, die Bayern 1932 von der Reichspost noch erhalten soll. Außerdem soll Bayern nach dem Gesetzentwurf 22 Jahre lang — zum ersten Mal 1933 und zum letzten Mal 1954 — eine Rente von jährlich 4,35 Millionen für die Uebertragung seines Posteigentums an das Reich erhalten.

Im Falle **Württemberg** wird nach dem gleichen Schema verfahren. Angerechnet werden Württemberg 5 Millionen bereits gewährtes Reichspostdarlehen, weitere 3 Millionen aus dem Jahre 1925, 4 Millionen aus dem Jahre 1926 und 1 Million, die an Württemberg am 13. Januar 1932 gezahlt wurde. Am 2. Januar 1933 soll Württemberg weitere 3 Millionen erhalten und im Anschluß daran 21 Jahre lang, beginnend 1934 und endend 1954, eine jährliche Rente von 1 Millionen Mark. — Auf der Reichsratstagesordnung befindet sich weiter der Entwurf zur Vereinfachung und Verbilligung der Arbeitslosenversicherung und die Verordnung zur Ausführung des Weingesetzes.

# Aufruf zum Goethe-Jahr

T.U. **Berlin**, 15. März. Reichspräsident, Reichsregierung und verschiedene Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens erlassen folgenden Aufruf zum Goethe-Jahr:

Wenn am 22. März der Tag zum hundertsten Male wiederkehrt, an dem Deutschland vollendester Geist seinem Glauben gemäß in die Unsterblichkeit einging, so kann der Tag, der damals die Klage um den unersetzlichen Verlust entfesselte, kein Trauertag mehr sein: Er bedeutet jetzt das freudig stolze Bewußtsein eines unverlierbaren Besitzes, der dem Volke Goethes nicht geraubt werden kann, es sei denn, daß es sich selbst aufgibt. Die immer neue Erwerbung dieses Besitzes und das gläubige Festhalten an den geistigen Gütern der Nation spendet die Kraft des Ausblickes zum Ewigen und zur Erhebung über die Not der Zeit.

Goethe hat in den Jahren hoffnungslosen Tiefstandes seinem Volke den Weg zur Wiedergeburt gewiesen. Seine größte Dichtung zeigt die Vision des freien Volkes auf freiem Grunde als ein Vermächtnis des Dichters, der weit in die Zukunft blickend, die Aufgaben neuer Gesellschaftsordnung als Naturgesetz wechselseitiger Hilfe und werktätiger Liebe auffaßte. Wie er selbst alle Gegensätze der menschlichen Natur in sich trug und den leidenschaftlichen Zwiespalt seines Innern zum befreienden Einklang brachte, so mahnt sein Geist zur einträchtigen Ueberwindung selbstzerfleischenden Streites. Der Name Goethe bedeutet dem deutschen Volke eine Botschaft inneren Friedens.

Wie Goethe aus allen Wurzeln der Volkstumes aufstieg und dessen Kräfte zusammenfaßte, so wird seine Erscheinung zum Sinnbild eines Einsgefühls der über Deutschlands Grenzen hinaus in seiner Sprache verbundenen Gemeinschaft. Goethes hundertster Todestag soll wie einstmals Schillers hundertster Geburtstag ein Weckruf für das Einheitsbekenntnis des über die ganze Erde verstreuten Deutschtums werden.

Wie nach Goethes Meinung erst die Erfüllung im eigenen Volkstum Schwingkraft verleiht zum Einswerden mit der Welt, so ist sein Dichterwort als Stimme der Menschheit zur Weltsprache geworden, in der die Völker der Erde einander verstehen lernen. Die Goethefeier wird zur Weltfeier.

Wenn am 22. März in der Sterbestunde des Mittags die Glocken läuten, soll der Geist Goethes durch alle deutschen Lande ziehen. Während im Namen des deutschen Volkes der Kranz am Sarge der Weimarer Fürstengruft niedergelegt wird, möge jeder Deutsche sich dankbar bewußt sein, daß Goethe auch für ihn gelebt und gewirkt hat. Das Goethejahr soll die ganze Volksgemeinschaft in einem Erlebnis zusammenführen, das mit großer Vergangenheit verbindet und über die Not der Gegenwart eine Brücke schlägt in eine bessere Zukunft.

Unterzeichnet ist der Aufruf von Reichspräsident von Hindenburg, Reichskanzler Brüning, dem Vorsitzenden des freien deutschen Hochstifts in Frankfurt a. M., von Bernus, dem Direktor des Goethe-Museums und des freien deutschen Hochstiftsprofessor Dr. Beutler, Hans Carossa, dem Vertreter der Leipziger Studentschaft, stud. phil. Friedrich, dem Oberbürgermeister von Leipzig, Goerdeler, dem preußischen Kultusminister Grimme, dem Reichsminister Groener, Gerhard Hauptmann, Ricarda Huch, dem thüringischen Kultusminister Kästner, dem Vizepräsidenten der Goethegesellschaft, Professor Kippenberg, Erwin G. Kolbenheyer, dem Oberbürgermeister von Frankfurt a. M., Landmann, dem Rektor der Universität Leipzig, Professor Litt, dem Rektor der Universität Frankfurt, Professor Madelung, Thomas Mann, dem Oberbürgermeister von Weimar, Müller, dem Präsidenten der Goethe-Gesellschaft, Professor Petersen, Wilhelm von Scholz, Hermann Stehr, dem Generalintendanten des Nationaltheaters in Weimar, Ulbrich, und dem Direktor des Goethe-Nationalmuseums, des Goethe- und Schiller-Archivs und der klassischen Stätten in Weimar, Professor Wahl.

## Ablehnung des Hugenberg-Vorschlages

### in der Presse

**Berlin**, 15. März. Der Plan Hugenbergs auf Reichstagsauflösung findet in der der Reichsregierung nahestehenden Presse einmütige Ablehnung.

Die **„Germania"** meint dazu: Hugenberg gibt in derselben Erklärung zu, daß nach Lage der Dinge damit zu rechnen ist, daß der Generalfeldmarschall von Hindenburg im zweiten Wahlgang wiedergewählt wird. Wenn man es nicht vorzöge, Hugenbergs „neue Politik" als ein verunglücktes Verzweiflungsmanöver einer restlos in die Irre gegangenen Opposition anzusehen, würde man sein Auftreten bei aller Sachlichkeit nur als eine seltsame politische Anmaßung bezeichnen können.

Das **„Berliner Tageblatt"** spricht von einem Verlegenheitsprodukt und nimmt an, daß die Reichsregierung sich auf Verhandlungen hierüber gar nicht erst einlassen wird.

Der **„Vorwärts"** bezeichnet den Plan als ein Hausiergeschäft. Hugenberg werde sich selbst überlassen bleiben, denn für den Ausgang des zweiten Wahlganges hätten die Düsterberg-Wähler nichts zu bestimmen und Hugenberg erst recht nicht.

Die **„D.A.Z."** bezweifelt, daß Hugenberg im Namen der gesamten „nationalen Opposition" spricht und glaubt nicht, daß dieser Weg zum Ziele führen wird. Aber durchaus zu billigen sei die Voraussetzung von der er ausgehe, nämlich der Wunsch, wenn irgend möglich einen zweiten Wahlgang unnötig zu machen. Dazu gehöre aber etwas ganz anderes, nämlich der Verzicht der Herren Hitler und Thälmann auf ihre neue Kandidatur, der kaum zu erreichen sein werde.

## Landeswahlen am 24. April

### Anhaltische Landtagswahlen am 24. April

**Dessau**, 15. März. Von zuständiger Seite wird es als außerordentlich wahrscheinlich bezeichnet, daß auch die anhaltischen Landtagswahlen am 24. April, also mit den Preußenwahlen zusammen, durchgeführt werden.

•

### Auch Neuwahlen in Bayern am 24. April?

**München**, 15. März. Württemberg, Preußen und Bayern sind übereingekommen, die Landtagswahlen am gleichen Tage abzuhalten. Da der ständische Ausschuß des preußischen Landtages beschlossen hat, die Wahlen in Preußen am 24. April stattfinden zu lassen, dürften auch die Wahlen in Württemberg und Bayern auf den gleichen Tag festgesetzt werden. Die formelle Entscheidung wird am Mittwoch im Ministerrat fallen.

## Die Aenderung des preußischen Wahlgesetzes rechtsgültig

### Entscheidung des Staatsgerichtshofes.

T.U. **Berlin**, 15. März. Der Antrag der Deutschnationalen Fraktion im Preußischen Landtag, die Verordnung des preußischen Staasministeriums zur Aenderung des Landeswahlgesetzes vom 12. Dezember 1931 für verfassungswidrig zu erklären, wurde vom Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich zurückgewiesen. Soweit noch weitere Anträge gestellt sind, wird die Verhandlung bis zur nächsten Sitzung des Staatsgerichtshofes ausgesetzt.

Die Entscheidung des Staatsgerichtshofes wurde durch Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke im wesentlichen wie folgt begründet: Es erhob sich die Frage, ob durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 24. August Artikel 17 der Reichsverfassung verletzt sei, der die freistaatliche Verfassung der Länder garantiert. Diese Frage hat der Staatsgerichtshof verneint. Den Länderregierungen wurde durch die Verordnung des Reichspräsidenten die gleiche Ermächtigung erteilt, wie sie dem Reichspräsidenten aus dem Artikel 48 der Reichsverfassung zusteht. Im einzelnen: Hier soll der Wahlquotient verändert werden und das ist zulässig. Der Staatsgerichthof erklärt, daß die Verordnung des Reichspräsidenten auch diese Maßnahme der preußischen Staatsregierung deckt. Der Erfolg besteht in einer erheblichen Ersparnis. Die Ersparnis zu erzielen, liegt aber im Wesen der Ermächtigung, die der Reichspräsident den Landesregierungen durch die Verordnung vom 24. August gegeben hat. Ersparnisse sollen dadurch erzielt werden, soweit das möglich ist. Nun erhebt sich die Frage, ob neben der erzielten Ersparnis auch politische Wirkungen eintreten, die außer allem Verhältnis zu dieser Ersparnis stehen. Dies ist aber von keiner der beteiligten Parteien überhaupt vorgebracht worden. Auch hat der Staatsgerichtshof aus eigener Kenntnis keine Tatsachen nach dieser Richtung in Erfahrung bringen können. Deshalb kann auch der Staatsgerichtshof nicht zu der Ansicht überzeugt werden, daß hier etwa unter dem Deckmantel der finanziellen Ersparnis Mißbrauch getrieben worden sei mit der den Ländern erteilten Ermächtigung.

*

### Wirtschaftspartei verlangt Heraufsetzung des Wahlalters. in Preußen.

T.U. **Berlin**, 15. März. Im Preußischen Landtag hat die Fraktion der Wirtschaftspartei ihren Mitte Dezember 1930 vorgelegten Gesetzentwurf, der das Wahlalter von 20 auf 25 Jahre heraufsetzen will, jetzt dahin ergänzt, daß gleichzeitig die Verordnung vom 12. September 1931 zur Aenderung des Landeswahlgesetzes aufgehoben wird. Diese Verordnung, die mit dem Tage der Verkündung der Neuwahl in Kraft treten soll, erhöht bekanntlich den Wahlquotienten von 40 000 auf 60 000. Es wird voraussichtlich beantragt werden, diesen Gesetzentwurf auf die Tagesordnung der Mittwochssitzung des Landtages zu setzen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

# Die Krise der Saarwirtschaft

## Die Zollunion mit Frankreich ein unmöglicher Zustand

Von Dr. G. Schloß

Die wirtschaftlichen Erschütterungen, von denen alle Länder der Welt mehr oder weniger betroffen werden, wirken sich besonders verhängnisvoll im Saargebiet aus. Die Krise muß geradezu eine künstliche genannt werden; denn ihre Ursache liegt nicht in organischen Wachstumsbeschwerden, wenn man einmal so sagen darf, sondern ist in der unnatürlichen Verkoppelung einer Wirtschaft, deren natürliche Wurzeln ganz wo anders liegen, mit einem fremden Lande begründet. Nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages ist das Saargebiet bekanntlich dem französischen Zoll- und Währungssystem einverleibt worden was von vornherein eine gefährliche Störung der natürlichen Verbundenheit mit der deutschen Wirtschaft bedingt. Die Krise, die nun auch Frankreich erfaßt hat, mußte selbstverständlich auch äußerst störende Rückwirkungen auf die Saarwirtschaft zur Folge haben; sie erfährt eine weitere Verschärfung durch die neuen französischen Handels- und Zollmaßnahmen, die eine Politik der Hochschutzzölle vorsehen und die Einfuhrkontingente für fast alle Waren auf ein Mindestmaß beschränkt haben Infolgedessen erfährt die Einfuhr aus dem Reich und den nordischen Ländern ins Saargebiet eine bedrohliche Drosselung. Das ungewöhnliche Heraufschnellen der Lebenshaltungskosten und der Preise in Frankreich zieht naturgemäß auch das Steigen der Preise im Saargebiet nach sich, obwohl die Saarwirtschaft nach wie vor auf eine weitgehende Einfuhr aus dem Reich angewiesen und dieses nach wie vor immer noch ihr Hauptabsatzgebiet ist. Wie sehr das Saargebiet gerade jetzt auf diesen reichsdeutschen Absatzmarkt angewiesen ist, ergibt sich aus dem wachsenden Widerstand interessierter französischer Kreise gegen die Aufnahme saarländischer Waren in Frankreich. Besonders sind es lothringische Industrie- und Handelskreise, die der Saarwirtschaft gegenüber in letzter Zeit völlig unbegründete Vorwürfe erheben, mit dem deutlichen Ziel, sie als lästige Konkurrenz vom französischen Markt auszuschließen. Die französische, im besonderen wiederum die lothringische Presse behauptet, die Saarwirtschaft benutze das Sonderzollabkommen mit Deutschland über die kontingentfreie Einfuhr von Waren, die für das Saargebiet eine Lebensfrage ist, um Frankreich mit billigen deutschen, skandinavischen und holländischen Waren zu überschwemmen. Ja, man scheut sogar nicht einmal vor der unsinnigen Behauptung zurück, die deutsche Reichsregierung zahle besondere „Dumping-Rabatte" an die Saarwirtschaft.

Währenddessen nimmt die Krise im Saargebiet immer bedenklichere Formen an. Die französische Bergwerksleitung baut rücksichtslos Tausende und Abertausende von Arbeitern und Angestellten ab und legt die Gruben still. Ueber 40 v. H. der früher dort Beschäftigten sind heute bereits aus dem Wirtschaftsprozeß ausgeschieden. Die Preiskurve droht bereits den Reichsindex zu überschneiden, was eine gefährliche Erschwerug der notwendigen Ausfuhr nach dem Reich nach sich ziehen muß. Die Krise wird weiterhin durch die grundfalsche Sozialpolitik der Regierungskommission verschärft, wogegen nicht nur die Verbände der Arbeiter-, Angestellten und Beamtenschaft Einspruch erhoben haben, sondern einmütig auch die Vertreter von Handel und Industrie, weil sie in dieser falschen Sozialpolitik eine unmittelbare Bedrohung des Verbrauchs erblicken. Die Regierungskommission hat nämlich den Teil der letzten deutschen Notverordnung, der den Abbau sozialer Leistungen vorsieht, auch für das Saargebiet verfügt, ohne aber die diesen Leistungsabbau erst ermöglichenden anderen Bestimmungen über die Preissenkung mit einzubeziehen. Durch diese einseitige Maßnahme hat sie in einem Gebiet, dessen ausschlaggebende Käuferschicht sich aus Arbeitern, Angestellten und Beamten zusammensetzt, die Voraussetzung für schwerste wirtschaftliche Erschütterungen geschaffen.

## Erhebliche Schwierigkeiten gegenüber dem französischen Donaubundplan

T.U. **Genf**, 15. März. Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, sind in den Verhandlungen Tardieus mit den Vertretern der Kleinen Entente, Oesterreichs und Ungarns über den Plan eines engeren wirtschaftlichen Zusammenschlusses dieser Staaten erhebliche Schwierigkeiten aufgetaucht. In unterrichteten Kreisen rechnet man deshalb mit einer Entscheidung über diesen Plan nicht vor Ende des Sommers. Der Gedanke einer Wirtschaftskonferenz soll aufgegeben worden sein. Dagegen wird der Gedankenaustausch auf diplomatischem Wege fortgesetzt werden. Englischerseits ist darauf hingewiesen worden, daß die englische Regierung bis zum Abschluß der Ende Juli in Ottawa stattfindenden Reichskonferenz zu dem französischen Plan nicht endgültig Stellung nehmen könne, da die Wirtschaftsbeziehungen Englands zu den europäischen Staaten wesentlich von dem Ausgang der Reichskonferenz beeinflußt würden. Im Falle einer grundsätzlichen Verständigung zwischen England und den Dominions könne England unmöglich den europäischen Mächten dieselbe Bevorzugung wie den Dominions gewähren. Außerdem besteht die englische Regierung darauf, daß aus der Durchführung des französischen Planes einer anderen europäischen Großmacht kein Sondervorteil erwachsen dürfe. Italienischerseits ist man nicht gewillt, auf die aus dem italienisch-ungarischen und dem kommenden italienisch-österreichischen Handelsabkommen herrührenden Vorteile zu verzichten. Von italienischer Seite wird ferner die Einbeziehung von Griechenland und Bulgarien in den französischen Plan gefordert. Von rumänischer Seite ist darauf hingewiesen worden, daß Rumänien nicht auf die aus dem deutsch-rumänischen Handelsvertrag sich ergebenden Vorteile verzichten könne. Daher könnten ohne Zustimmung Deutschlands grundlegende Neuregelungen in den Beziehungen zwischen Rumänien und den Donaustaaten nicht geschaffen werden.

## Genfer Arbeiten

### Die Arbeiten des Genfer Marineausschusses

**Genf**, 15. März. In einer Sitzung des **Marineausschusses** der Abrüstungskonferenz entspann sich eine lebhafte Diskussion über allerlei **technische Fragen.** Zu einem Ergebnis ist es aber auch heute noch nicht gekommen. Der **deutsche Vertreter** wies in der Frage der **Ersatzbauten** darauf hin, daß als Ausgangspunkt des Schiffsjahres im Versailler Vertrag die Kiellegung und im Konventionsentwurf die Fertigstellung der Schiffe angegeben seien. Deutschland habe nichts dagegen einzuwenden, wenn in einer allgemeinen **Kontenvion, die für alle beteiligten Staaten gelten müsse,** strengere Bestimmungen enthalten sind als im Versailler Vertrag.

*

### Annahme der Völkerbundsentschließung durch China

**Genf**, 15. März. Der Ausschuß, den die Völkerbundsversammlung mit der Ausführung ihrer Beschlüsse zum chinesisch-japanischen Konflikt beauftragt hat, wird sich am Mittwoch mit einer **neuen Note der chinesischen Regierung zu beschäftigen haben,** in der China erklärt, es nehme nunmehr die Entschließung der Völkerbundsversammlung an. Allerdings erklärt die chinesische Regierung, daß nach dem Sinne dieser Entschließung **vor der Wiederaufnahme von Verhandlungen die japanischen Truppen zurückzuziehen seien, und sie betont insbesondere, daß die Schaffung des selbständigen mandschurischen Staates rechtswidrig und unvereinbar mit den Beschlüssen der Völkerbundsversammlung sei.**

## Tardieu in Genf eingetroffen

**Genf**, 15. März. Der französische Ministerpräsident Tardieu ist Dienstag vormittag hier eingetroffen. Es bestätigt sich, daß **er beabsichtigt, die französischen Pläne einer Wirtschaftshilfe für die südosteuropäischen Staaten während seines Aufenthaltes in Genf weiter zu fördern.** Unmittelbar nach seiner Ankunft begannen am Sitze der französischen Delegation Besprechungen mit einer Reihe von Vertretern der interessierten Staaten. Ferner hatte Tardieu eine Besprechung mit dem italienischen Wirtschaftssachverständigen de Michelis. Dienstag nachmittag nahm Tardieu an den Beratungen der politischen Kommission der Abrüstungskonferenz teil. Auf der Tagesordnung steht die Frage der moralischen Abrüstung.

## Ein Anschlag auf den Reichskanzler?

**Berlin**, 15. März. Wie erst jetzt bekannt wird, liefen am Sonntag nachmittag in der Reichshauptstadt Gerüchte um, daß auf den Reichskanzler Dr Brüning ein Anschlag geplant sei. Es bestätigt sich jetzt, daß der Berliner Gauleiter der NSDAP., Dr Goebbels, am Sonntag nachmittag den Staatssekretär beim Reichskanzler, Dr. Pünder, persönlich angerufen und diesen darauf aufmerksam gemacht hat, daß, wie Dr Goebbels in Erfahrung gebracht haben wollte, **von den Kreisen, die von der NSDAP. vor einem Jahr abgesplittert sind, ein solcher Anschlag auf den Kanzler tatsächlich beabsichtigt gewesen ist.** Es wurden darauf die Sicherheitsvorkehrungen in der Wilhelmstraße verstärkt und man hat in Regierungskreisen den Hinweis von Dr. Goebbels durchaus dankbar aufgenommen.

## Anschlag auf Hitler?

T.U. **Berlin**, 15. März. Der D-Zug 7,45 Uhr früh ab München, mit dem Hitler, Dr. Goebbels und Dr. Frick nach Weimar fuhren, wurde nach Mitteilung der Reichsbahndirektion kurz vor Jena von bisher nicht ermittelten Tätern beschossen. Ein Wagen wurde getroffen. Personen wurden nicht verletzt. Der Wagen wurde zur Untersuchung zum Reichsbahnausbesserungswerk Naumburg/Saale gebracht.

### Zu dem Anschlag auf Hitlers Zug.

T.U. **Halle**, 15. März. Der Anschlag auf den Zug, in dem sich Hitler, Dr. Goebbels und Dr. Frick befanden, fand in der Nähe von Kahla statt. In einem Wagen dritter Klasse wurde eine Scheibe eines Seitenganges zertrümmert. Ob es sich um einen Schuß, einen Katapult oder um einen Steinwurf handelt, konnte noch nicht festgestellt werden. Der Wagen ist — entgegen der ersten Meldung — bis Berlin durchgelaufen und sofort zur Untersuchung nach Naumburg zurückgegangen.

In der Umgebung Hitlers hat man von dem ganzen Vorfall übrigens nichts bemerkt.

## Wahlblock für Preußen?

T.U. **Berlin**, 16. März. Zur Vorbereitung des Wahlkampfes in Preußen haben, wie die „Voss. Ztg." meldet, schon seit einiger Zeit unverbindliche Besprechungen über ein gemeinsames Vorgehen von bürgerlichen Parteien im Wahlkampf stattgefunden. Beteiligt seien Staatspartei, Deutsche Volks-, partei, Wirtschaftspartei, Landvolkpartei und Konservative. Man denke in erster Linie an Listenverbindungen in den einzelnen Wahlkreisen. Angestrebt werde auch die Aufstellung einer gemeinsamen Landesliste, auf der nebeneinander in einer dem Stärkeverhältnis der Parteien entsprechenden Reihenfolge die Führer der einzelnen Gruppen stehen würden.

## Der deutsche Außenhandel im Februar 1932

**Berlin**, 15. März Die **deutsche Einfuhr** im Februar (441 Millionen RM.) hat gegenüber der tatsächlichen Einfuhr im Januar (425 Millionen RM.) um 16 Millionen RM. zugenommen. An der Zunahme sind überwiegend die Rohstoffe beteiligt

Die **Ausfuhr** ist mit 527 Millionen RM um 3 Millionen RM. geringer ausgewiesen als im Vormonat; einschließlich der Reparationssachlieferungen beläuft sie sich im Februar auf 538 gegen 542 Millionen RM. im Januar. Der geringe wertmäßige Rückgang beruht ausschließlich auf dem weiteren Absinken der Durchschnittswerte um 1,4 Prozent. Mengenmäßig hat der Absatz nach dem Auslande sogar eine geringe Zunahme erfahren.

Die Handelsbilanz schließt im Februar mit einem **Ausfuhrüberschuß von 86 Millionen RM.** gegenüber dem tatsächlichen Ausfuhrüberschuß von 105 Millionen RM. im Januar ab. Einschließlich der Reparationssachlieferungen beträgt der Ueberschuß 97 (Januar 117) Millionen RM.

## Ein Jahr Gefängnis für den Leopardenbesitzer

T.U. **Berlin**, 15. März. Das Schöffengericht Schöneberg verurteilte den Kunstmaler von Othegraven, den Besitzer des Leoparden Nanosch, der am 29. Januar ein zweijähriges Kind zerfleischt hatte, wegen fahrlässiger Tötung und fahrlässiger Körperverletzung und wegen Nichtbefolgung einer polizeilichen Anordnung zu einem Jahr Gefängnis und 150 RM. Geldstrafe.

# In zwölfter Stunde

Roman von Hans Otto

Urheberrechte: Literatur-Verlag Gloria, Berlin-Steglitz

4. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Obwohl Frau Cornelia überzeugt war, daß Detten sich bei Isa einen Korb holen werde, hatte sie diese zu ihrer eigenen Beruhigung auf die Probe gestellt, die nicht besser hätte ausfallen können. Isa sogar ziemlich scharfen Worten hatte Isa sich ablehnend über Detten ausgesprochen. Nun war kein Zweifel mehr möglich, jetzt lag ihr nur noch daran, ihren Gatten zu bestimmen, den Probeflug einem anderen zu übertragen.

Sie saß mit ihm unter dem großen roten Sonnenschirm im Garten. Reichlin sog mit Behagen an seiner Zigarre und schaute sinnend in die flimmernde Luft.

„Verzeih, wenn ich dich in deinen Gedanken störe, Hermann, aber ich muß eine dringende Angelegenheit mit dir besprechen."

„Bitte, du störst mich durchaus nicht," erwiderte er gemütlich. Doch gleich darauf horchte er gespannt auf.

„Etwa eine Stunde, nachdem ihr fort wart, erschien gestern abend Herr von Detten in der Hoffnung, daß der Regen euch vielleicht zurückgehalten habe. Eine mich eigentlich gar nicht überraschende Angelegenheit führte ihn in unser Haus Er hat sich in Isa verliebt und fragte mich, ob wir irgendwelche Pläne hegten, die einer Werbung seinerseits entgegenständen."

„Das ist ja hochinteressant! Was hast du ihm geantwortet?"

„Ich bin sehr vorsichtig verfahren und habe es vollkommen offengelassen, wie du darüber denkst. In der Tat weiß ich ja auch nicht, ob er dir als Schwiegersohn willkommen wäre. Obgleich ich der Meinung bin, daß er der geeignetste wäre. Wenn er auch kein Vermögen besitzt, so bringt er doch geistiges Kapital mit. Die Hauptsache ist natürlich wie Isa sich zu der Werbung stellt."

„Ganz meine Auffassung. Hast du mit Isa schon gesprochen?"

„Nein, ich wollte dich zuerst befragen. Es dürfte wohl überhaupt richtiger sein, wenn wir uns zurückhalten, bis die beiden miteinander einig geworden sind."

„Jawohl. Ich werde ihnen dann nichts in den Weg legen."

Sie plauderten weiter über die für Reichlin bedeutsame Neuigkeit. Detten war ihm als Schwiegersohn willkommener als Wellmer. Seine Frau hatte ihm mit ihrer Auffassung aus der Seele gesprochen.

„Wäre es unter diesen Verhältnissen nicht ratsam, den Fernflug jemand anderem zu übertragen?" Lauernd warf Cornelia die Frage hin.

„Warum denn?" fragte Reichlin erstaunt.

„Wenn der Flug mißglückt . . ."

„Alle Vorbereitungen werden so getroffen, daß das Unternehmen glücken muß."

„Und wenn die Vorsehung es anders bestimmt? Ich meine, du solltest deinen zukünftigen Schwiegersohn auf keinen so exponierten Posten stellen."

„Dann müßte ich ihm das Fliegen überhaupt verbieten und auch das Autofahren."

„Allerdings!"

„Also liebste Nelly, das geht zu weit. Ich würde mich ja lächerlich machen, wollte ich einen so erfahrenen und gewandten Mann unter die Glasglocke setzen!"

„Es ist doch ein gewaltiger Unterschied, ob sich jemand an einem Autorennen beteiligt, über den Ozean fliegt oder sich in normaler Weise betätigt."

„Und dabei bist du es, die ihn mir dafür empfahl."

„Ja, damals lagen die Dinge auch nicht wie heute."

„Also die Nennung zum Großen Preis kann ich unter keinen Umständen rückgängig machen."

„Aber den Fernflug konnst du einem anderen übertragen! Es gibt hunderte von jungen Leuten, die sicher gern dazu bereit sind."

„Bereit! Bereit! Aber geeignet?"

„Es wird und muß sich einer finden. Denke daran, daß es sich um das Glück deines Kindes handelt!"

Reichlin sah gedankenvoll vor sich hin. Auf Detten hatte er gebaut; diesen Plan umzuwerfen, behagte ihm gar nicht, aber, wenn er es sich bedachte, hatte Nelly recht.

### 3. Kapitel

Vorbereitende Schritte für die Ausführung des Ueberseefluges veranlaßten Reichlin zu einer Reise nach Berlin. Cornelia, die froh war, von Utingen fortzukommen, begleitete ihn.

Das aufgestellte Tagesprogramm begann mit einem Besuch in der dänischen Gesandtschaft. Dann sollte die Suche nach Dettens Stellvertreter beginnen. Von seinen mannigfachen Verbindungen erhoffte Reichlin einen Fingerzeig.

„Einen Wagen, bitte!" wandte er sich an den Hotelportier, der den zunächst haltenden Chauffeur heranwinkte.

Frau Cornelia hatte bereits Platz genommen, Reichlin setzte gerade den Fuß in den Wagen, als einer der Hotelboys aus dem Portal gestürzt kam.

„Herr Generaldirektor, Sie werden aus Utingen dringend am Telefon verlangt."

Reichlins allmorgendliches Gespräch mit Utingen war erledigt, alles ging in Ordnung, folglich mußte etwas passiert sein. Er folgte dem Jungen zur Telefonzelle.

Ungeduldig wartete Frau Cornelia auf seine Rückkehr. Die Zeit wurde ihr lang. Sie klopfte nervös mit den Fußspitzen.

„Na endlich," rief sie ihrem Gatten zu, der mit finsterer Miene an den Wagen trat. „Das war ja wieder mal eine endlose Sache."

„Bitte steig aus, wir können die Fahrt jetzt nicht unternehmen."

„Was ist denn passiert?" forschte sie, ohne sich vom Fleck zu rühren.

„Eine Unglücksnachricht vom Nürburgring."

„Um Gotteswillen, ist etwa Detten . . ."

„Nein, nein! Nagel und Zeller, die unseren zweiten Wagen fahren sollten, haben sich eine Nachtfahrt in die Umgebung geleistet und sind in der Dunkelheit, wahrscheinlich angetrunken, gegen einen Baum gefahren. Jetzt liegen sie beide im Krankenhaus und unser zweiter Wagen hat keine Besetzung. Es gilt Ersatzleute dafür zu finden."

„Konnte dir denn Amberg keine Vorschläge machen? Er ist doch dazu da, für geeignetes Fahrpersonal zu sorgen."

(Fortsetzung folgt.)